

# **Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis ...**

## **Band 12**

### **Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat**

**Band 12/111**

#### **Schuld kult und einseitige Erinnerungskultur, Teil 4**

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. September 1999: >>Vom Land kein Geld für Ostkreuz

Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.

Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.

Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Mai 2000 (x887/...): >>Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen

Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

... Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz". ...

Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okkupation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben. Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung. ...

Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaf-

tigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit nur "Gerechtigkeit schafft Frieden". ...<<  
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Bundestag debattierte über Benesch-Dekrete und Wiedergutmachung / Vollmer attackiert Vertriebene**

Die Abgeordnete Petra Ernstberger, SPD, nahm zu den Benesch-Dekreten Stellung: "Natürlich sind die Passagen in diesen Dekreten, die die Vertreibung betreffen, ein Punkt, der zu Kritik Anlaß gibt. Die Dekrete, die sich auf Vertreibung, Ausbürgerung und Enteignung von Deutschen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen, sind nach wie vor völkerrechtswidrig. Dies ist gegenüber der tschechischen Regierung stets deutlich gemacht worden. Es handelt sich um unterschiedliche Rechtsordnungen, zu denen es unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt."

Zur Aufnahme Tschechiens in die EU sagte sie: "Dabei werden wir Tschechien ohne Einschränkungen und ohne bilaterale Vorbedingungen unterstützen." ...

Die Abgeordnete Antje Vollmer, Grüne, vertrat heftig Positionen zu Gunsten Tschechiens und gegen die Sudetendeutschen. Sie griff auch die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, an, so daß diese sich zu einer Kurzintervention veranlaßt sah. Antje Vollmer sagte: ...

Ich möchte eine dringende Bitte an die Vertriebenenverbände richten. Ich finde, daß der Begriff "Vertreibung" nach 50 Jahren gelungener Demokratie für eine Gruppe nicht mehr identitätsstiftend ist.

Das Thema der Vertreibung gehört in das Museum der deutschen Geschichte, in das Museum der Zeitgeschichte; das gehört in die Hände von Wissenschaftlern, Forschern und Museumsleuten. Da gehört es hin.

Das ist auch eine Antwort an Sie, Frau Steinbach. Wir werden Sie nicht unterstützen, wenn Sie diese gigantische zentrale Gedächtnisstätte in Berlin haben wollen."

Erika Steinbach, CDU/CSU: ...

Die heutigen Regierungen in Polen, in Tschechien, in Ungarn und in anderen Ländern sind keine Regierungen, die dafür verantwortlich sind, daß es Vertreibungen gegeben hat. Aber es gibt schon eine Verantwortung, Dinge aus den Gesetzeswerken zu eliminieren, die Vertreibung im Grunde genommen heute noch absegnen.

Eine Demokratie kann doch nicht leben und fruchtbar in der Zukunft wirken, wenn in ihren Gesetzeswerken Passagen enthalten sind, die Völkerrechtswidrigkeiten begründet haben und auch bis heute noch abdecken. Wenn es bis zum heutigen Tage in der Tschechischen Republik ein Amnestiegesetz gibt, das ausdrücklich Täter straffrei stellt, die Frauen und Kinder erschlagen haben, dann ist dessen Abschaffung eine Hausaufgabe, die in einem solchen Land erledigt werden muß.

Ich habe in Gesprächen in Prag und in Warschau festgestellt, daß die junge Generation in diesen Ländern sehr offen mit dieser Thematik umgeht. Mir hat ein junger tschechischer Student gesagt: Ich möchte, daß meine Kinder wissen, daß hier Deutsche gelebt haben, ich möchte, daß meine Kinder wissen, daß wir sie vertrieben haben, und ich möchte, daß wir dann miteinander in Frieden leben.

So wie es zwingend zu unserer deutschen Geschichte gehört, unsere eigene finstere Vergangenheit aufzuarbeiten, so ist es auch eine Aufgabe in unseren östlichen Nachbarländern, sich mit der eigenen Vergangenheit so auseinanderzusetzen, daß daraus am Ende ein Friedenspotential geschaffen werden kann. ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. September 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Gegen das Vergessen**

Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes zu "säubern" wie eine Wohnung von Kakerlaken oder einen Keller von

Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land, in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch "sauber".

Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.

Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So steht es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.

Gilt es auch für Deutsche?

13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet, Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechien sind seitdem, was die Deutschen anbetrifft, ethnisch sauber.

Doch die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linksliberalen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Ja - Pech gehabt.

Vertreibungsverbrechen sind zu verdammen. Gut so, Rudolf Scharping und Joschka Fischer. Aber wo ist die Empörung über die ethnische Säuberung von Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien und dem Sudetenland, der Vertreibung - und Ermordung von Millionen Landsleuten. Die Vergewaltigungen von rund zwei Millionen deutscher Frauen und Mädchen - zum Teil noch Kindern - war kein einmaliger spontaner Akt unmittelbar nach der Hitze des Gefechts, sie wurde von den Propagandisten wie dem Dichter Ilja Ehrenburg ausdrücklich gefordert, von den Militärbehörden geduldet. Über ein halbes Jahr lang wurden Hunderttausende Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht vergewaltigt!

Und dennoch reichten die deutschen Vertriebenen die Hand zur Versöhnung. Zuerst waren es kirchliche Gruppen, Katholiken aus meiner Heimatstadt Danzig.

Und dennoch haben die deutschen Vertriebenen, vertreten durch ihre Organisationen, fünf Jahre nach dem Krieg, am 5. August 1950, die Charta der Vertriebenen veröffentlicht.

Doch in den Augen der Ostblockstaaten, ebenso wie in den Augen der deutschen Linken und Liberalen, blieben die Vertriebenen Revanchisten und Kriegshetzer, wenn nicht Schlimmeres. Heute, mehr als 50 Jahre nach der Charta, fragen sich manche Vertriebene, haben wir damals etwas falsch gemacht, waren wir zu schüchtern, haben wir uns vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt?

War der "Verzicht auf Rache und Vergeltung" gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Gedächtnis?

Vergessen? Vergessen das Leid, die Todesopfer und die erlittenen Demütigungen, der Lebenszeit und der erlittenen materiellen Verluste?

Wird nicht nahezu an jedem Tag, unaufhörlich in allen Medien das deutsche Volk gemahnt, das maßlose Leid der unschuldigen Opfer des Hitler-Regimes nicht zu vergessen?

Sind die Millionen ostpreußischer, pommerscher, schlesischer und sudetendeutscher Frauen und Kinder weniger unschuldig, nur weil sie Deutsche waren?

Gibt es zweierlei Sorten von unschuldig Ermordeten und Zwangsarbeitern?

Wird es nicht Zeit, daß auch von seiten der Tschechen und Polen ein Wort des Bedauerns fällt, die Menschenwürde der Vertriebenen und ihr Recht auf Heimat anerkannt wird?

Gegen das Vergessen: Ist es nicht langsam Zeit, an die deutschen Vertriebenen zu denken, die Ermordeten, die Gequälten und Geschundenen, die oft in Lagern jahrelang Zwangsarbeit leisteten, von denen die meisten krank und gebrechlich geworden sind, viele schon gestorben sind und in den nächsten Jahren sterben werden, ohne daß auch nur ein Wort des Bedauerns fällt, auch nur eine Geste der Wiedergutmachung, geschweige denn eine Entschädigung überhaupt zur Diskussion gestellt wird? –

Oder sollen nur jene Opfer entschädigt werden, die von New Yorker Anwälten wie Ed Fagan vertreten werden?

Ist nicht allmählich auch für die deutschen Opfer der Gewalt das Ende der Bescheidenheit angesagt?

Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern und die prominente CDU-Politikerin Erika Steinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung ihres Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf Entschädigung für die erlittenen Enteignungen. ...

Vielleicht hätten die deutschen Heimatvertriebenen 1950 und in den vielen Jahren danach sich nicht immer nur entschuldigen sollen. Sondern auch um Entschuldigung der anderen Seite bitten. Die andere Seite, das waren damals Kommunisten, Anhänger eines Terrorregimes, Stalinisten.

Warum sollten sich die heute in der Tschechei und Polen herrschenden Demokraten nicht entschuldigen für die Verbrechen bei der Vertreibung? Für die 2,2 Millionen Toten. Wäre das nur eine symbolische Geste ohne Bedeutung?

Warum denn war der Kniefall Willy Brandts vor den Opfern deutscher Gewalt von solcher herausragenden Bedeutung? Wäre nicht nach diesem vielbewunderten Kniefall auch ein kleiner, verschämter Knicks vor den Millionen ermordeter deutscher Zivilisten angebracht? ...

Werden deutsche Opfer beim Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: "Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?" Die Antwort kam kurz und wie aus der Pistole geschossen: Nein. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 16. Dezember 2000 (x887/...):

#### >>**Schröder als Anwalt Polens**

Kanzler-Besuch in Warschau

Wo bleibt der Kniefall vor den deutschen Vertriebenen?

Am 7. Dezember 1970 kniete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau vor den jüdischen Toten des Warschauer Ghetto-Aufstandes nieder. Eine Geste, die angeblich wesentlich, so will es jedenfalls die offizielle Geschichtsschreibung, zur Rehabilitierung Deutschlands in der Welt beigetragen haben soll. Willy Brandt damals wörtlich:

"Die Last der jüngsten deutschen Geschichte ist enorm. Hiermit tue ich, was Menschen tun, wenn Worte versagen. So gedenke ich der Millionen Ermordeter."

Dieses denkwürdige Ereignis liegt inzwischen 30 Jahre zurück. Bundeskanzler Schröder nahm diesen Jahrestag zum Anlaß, nach Polen zu reisen, um zusammen mit dem derzeitigen polnischen Ministerpräsidenten Buzek ein Denkmal für den Kniefall des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers einzuweihen. Mit seinem Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal habe sich Brandt, so Schröder, zur Verantwortung für die von Deutschen begangenen Verbrechen bekannt. "Dieses Bild des knienden Willy Brandt ist zum Symbol geworden", betonte Schröder. "Zum Symbol dafür, die Vergangenheit anzunehmen und sie als Verpflichtung zur Versöhnung zu begreifen."

Der Bundeskanzler erinnerte in seiner Rede an das Leid der polnischen Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Besatzung, aber auch an das Leid der Deutschen, die nach 1945 Opfer

von Flucht und Vertreibung wurden. Mit Brandts Politik der Entspannung und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als der Westgrenze Polens habe dieser, so Schröder weiter, den kommunistischen Diktatoren jeden Vorwand entrissen, mit dem Schreckensbild eines deutschen Revanchismus "die Unterdrückung ihrer eigenen Völker zu rechtfertigen".

Weiter sagte Schröder die deutsche Unterstützung der polnischen Interessen und die der anderen Beitrittskandidaten bei der EU-Osterweiterung zu. Deutschland werde, so Schröder wörtlich, als "Anwalt der Beitrittskandidaten" auftreten. Der EU-Beitritt Polens sei ein "Gebot historischer Gerechtigkeit".

Die Bundesrepublik Deutschland trat also in Nizza als Sachwalter der Interessen eines Staates auf, dessen Repräsentanten sich bis heute weigern, sich klar und unmißverständlich für eines der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu entschuldigen: für die Austreibung und Ermordung von Millionen von Deutschen aus dem Osten Deutschlands. Auch dies gehörte zwingend zum "Gebot der historischen Gerechtigkeit," von dem Bundeskanzler Schröder gesprochen hat.

Diese "Gerechtigkeit" geböte es weiter, nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Verantwortung für begangene Verbrechen beim Namen zu nennen. Viele dieser Verbrechen, und dies verdient besondere Erwähnung, sind überdies nach Kriegsende begangen worden. ... Es waren insbesondere polnische Milizen, die sich bei den Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche ganz besonders "hervorgetan" haben. Eine von der Bundesregierung eingesetzte wissenschaftliche Kommission stellte zu diesen Milizen fest, daß diese den Deutschen mit "einem ausgeprägten Deutschenhaß" begegneten. Kennzeichen dieser Milizen war "ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Erniedrigungen".

Beim Namen genannt werden muß auch der polnische staatliche Sicherheitsdienst, der Konzentrationslager für Deutsche errichtete. ...

Verbrechen wie diese belegen, daß es sich bei der Austreibung der Deutschen nicht nur um eine "Vertreibung" handelte, sondern um einen Völkermord, der systematisch betrieben wurde. Bis heute ist von den damaligen polnischen Tätern niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Trotzdem soll Polen ohne weitere Vorbehalte nach dem Willen der deutschen Bundesregierung Mitglied der Europäischen Union werden, die ihrem eigenen Verständnis nach eine "Wertegemeinschaft" darstellen soll.<<

Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärte in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>... Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>... Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.

Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<

Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x887/...): >>... Ein ... Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen

aus ihren angestammten preußischen Siedlungsgebieten. Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt. Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben.

Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen. Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.

Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 (x887/...):

>>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**

**Die deutschen militärischen Verluste betragen 5.318.000 Gefallene**

Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.

Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. ...

Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.

Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS, die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.

Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen. Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. ...

Es ... mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt wer-

den können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.

Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden. Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen. Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringen in der Wehrmacht interessiert. Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.

Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.

Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.

1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. ...

Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch vorhandenen Kriegsgräber registrieren.

Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. ...

Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.

Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf

in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrug die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. ...<<

Der deutsche Historiker Horst Möller berichtete am 25. November 2004 während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur" (x879/10-16): >>... Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? ...

Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d.h. selbstverständlich steht die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas.

Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 - und damit die historische Voraussetzung der "Westverschiebung" Polens 1945 - konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und 1945 zweifellos begangen hat.

Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige, die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in "Sippenhaft" genommen wurden. ...

Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. ...

Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: "Nur das Wahre ist das Ganze" hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier. Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt. ...

Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: "Gesund ist, wer verißt." Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: "Wer verdrängt, wird krank." Die Hi-



storiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung - wir haben das in der Geschichte - nicht nur der deutschen - immer wieder gesehen - führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. ...<<

Die deutsche Journalistin Helga Hirsch berichtete während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen" (x879/114-121): >>... Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche von 1944 bis 1950 aus den deutschen Ostgebieten und den ehemals deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten geflohen oder vertrieben worden; knapp zwei Millionen von ihnen kamen um. Fast jede fünfte Familie in Nachkriegsdeutschland hatte somit ihre Heimat verloren. Wie hat sich unsere Gesellschaft der Entwurzelung gestellt, und wie sind die Entwurzelten selbst mit sich umgegangen?

Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben im Westen Deutschlands mehrere Phasen durchlaufen. Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie in Familiengeschichten, Filmen, Romanen und Dokumentationen allgegenwärtig als Ausdruck des authentischen Schocks, der die Menschen in ihren Alpträumen verfolgte, sie sich hilflos, ohnmächtig und abhängig fühlen ließ und sehr häufig in die soziale Deklassierung stieß.

Gleichzeitig aber wurden die dramatischen Erlebnisse jener, die von der Roten Armee überrollt, von Sowjetsoldaten vergewaltigt oder von Polen und Tschechen zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren, in der politischen Propaganda eingesetzt, da sich im beginnenden Kalten Krieg mit den Greueln eindringlich begründen ließ, warum sich das christliche Europa gegen "barbarische Rotarmisten" und die "bolschewistische Gefahr" schlechthin zusammenzuschließen und zu rüsten habe.

In den sechziger Jahren änderte sich die Situation radikal. Hatten sich die Vertriebenen wie der Rest der Nation bis dahin unter weitgehender Ausblendung der NS-Verbrechen fast ausschließlich als Opfer der Alliierten gesehen, nahmen die Nachgeborenen sie nur noch verächtlich als Täter und Mitläufer wahr. Der Verlust der Ostgebiete galt nun als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes; schon wer sentimentalen Kindheitserinnerungen nachhing, stand im Verdacht des Revanchismus. ...

Hinzu kommt ein anderer Faktor. Jahrzehntlang hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR gerühmt, die Vertriebenen in vorbildlicher Weise integriert zu haben. Die DDR hatte schon nach wenigen Jahren verkündet, die vier Millionen "Umsiedler" hätten sich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen - das Problem sei also nicht mehr existent.

Im Westen hatte man geglaubt, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugereisten spätestens Ende der 60er Jahre behoben zu haben. Dem Stolz von Politikern - "Wir haben sie integriert!" - entsprach der Stolz der Betroffenen: "Wir haben es geschafft!" Doch mit der Angleichung der Lebensverhältnisse waren die seelischen Verwundungen noch keineswegs geheilt.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten Flucht und Vertreibung als "normal". "Das war nichts Besonderes", sagen einige Betroffene bis heute. Auch ausgebombte Familien standen vor dem Nichts und waren zum Neuanfang gezwungen. Also verdrängten Flüchtlinge und Vertriebene ihre Verzweiflung, ihre Trauer und die Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht und konzentrierten sich mit aller Kraft auf die Gründung einer neuen Existenz.

... Allerdings drängten sie, auch wenn sie aufstiegen in Beruf und Politik, nur selten in die erste Reihe, da, wer auffällt, Neid und Aggression auf sich zieht.

Daß Vertriebene und ihre Kinder, obwohl äußerlich seit langem auffällig unauffällig, innerlich häufig noch geprägt sind von Flucht und Heimatverlust, gerät erst seit einigen Jahren ins Blickfeld. Bei einer Umfrage des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg aus dem

Jahre 1999 ergab sich beispielsweise, daß noch 62 Prozent der Befragten unter belastenden Erinnerungsbildern und dem Wiedererleben traumatischer Situationen litten.

Ermutigt durch die Berichte über die massenhaften Demütigungen der Frauen im zerfallenden Jugoslawien brachen seit Anfang der neunziger Jahre auch viele Frauen ihr Schweigen und berichteten erstmals über ihre eigenen Vergewaltigungen fünfzig Jahre zuvor. Ein "abgesunkenes Stück kollektiver Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs", so formulierte es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, könne endlich "ruhig besprochen werden". ...

All dies, was uns als positiv erscheint, weil es uns also reifer, souveräner, berechenbarer machen könnte, wenn es die Einseitigkeiten der Vergangenheit überwindet und Verdrängtes bewußt macht und damit unserer Einflußnahme unterstellt - all dies macht unseren Nachbarn Angst.

Vor allem die Polen befürchten eine Geschichtsrevision, da die Deutschen, so der durchgängige Vorwurf, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zerreißen und die Vertreibung 1945 losgelöst vom Überfall 1939 darstellen würden. Außerdem, so eine weitere Kritik, wollten sich die Deutschen nun nach den Juden als die größten Opfer des Zweiten Weltkriegs stilisieren und andere Opfergruppen (weiter) aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannen. ...

Wenn nämlich Deutsche nicht nur Täter und böse sind, sondern durch die Vertreibung auch gelitten haben, stellt sich die Frage nach dem Anteil der Polen an diesem Vorgang. Polen ist nicht nur der gezwungene Vollstrecker der Politik der alliierten Siegermächte gewesen, Polen hat auch von sich aus die ethnische Homogenisierung seines Staatsgebiets betrieben, mit den "wildem Vertreibungen" der Deutschen und der verwaltungsmäßigen Übernahme der deutschen Ostgebiete noch vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen geschaffen und eigenständig Internierungslager für die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit eingerichtet.

Zwar haben polnische Historiker und Publizisten bereits einige Mal eingeräumt, das "kleinere Übel" der Vertreibung der Deutschen sei nicht durch das "größere Übel" der deutschen Verbrechen zu rechtfertigen. In der Zeit der augenblicklichen ökonomischen, politischen und vor allem moralischen Verunsicherung aber pochen nationalistische Politiker auf die uneingeschränkte Opferrolle Polens als Fundament des nationalen Selbstverständnisses:

Für sie sind alle Behauptungen über eine Mitschuld von Polen am Holocaust oder an der Vertreibung der Deutschen Verleumdungen, und alle Deutschen sind "Hitleristen", mit denen sich Empathie selbstverständlich verbietet.

Es ist offenkundig eine Eigenschaft des Menschen, daß er auch als Opfer zu einem Konkurrenzdenken tendiert. Wie könnten Deutsche es wagen - so sinngemäß der polnische Schriftsteller Stefan Chwin - über ihre Vertreibung zu reden, wo Polen mit KZ-Haft, Zwangsarbeit und ebenfalls mit Vertreibung viel Schlimmeres erlebt hätten und nach dem Krieg nicht in einer "zivilisierten Welt" wie die Westdeutschen, sondern in der "roten kommunistischen Zone" gelandet seien?

Diese Art der Fragestellung führt allerdings in eine Sackgasse, da das Leiden des Individuums nicht meßbar ist und zudem nicht abhängt von der Schuld oder Unschuld seiner Nation. Erinnerung ist immer subjektiv und damit singulär. Sie ist gebunden an die spezifischen historischen Umstände eines Landes und kann ihre integrierende, heilende Wirkung nur dann entfalten, wenn diesem besonderen Charakter Rechnung getragen wird. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 2005

(x887/...): >>Einführung der Sklaverei

Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen

Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Zeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Arti-

keln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegendes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.

Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.

Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.

Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmin durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.

Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".

Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang gesetzt zu haben.

Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945", Schnellroda 2005 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. März 2006 (x887/...):

#### >>**Thesen zur Vertreibung**

Neuaufgaben der Standardwerke von Prof. Alfred M. de Zayas

Zu den Standardwerken über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zählen seit Jahrzehnten die Werke des Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred M. de Zayas - "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung", 1977, sowie "Anmerkungen zur Vertreibung", 1986. ...

Vorab dokumentieren wir hier Auszüge aus diesen "Thesen zur Vertreibung":

- Heimatrecht ist Menschenrecht.

- Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.

- Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums, Artikel 46, und verbieten Kollektivstrafen, Artikel 50. Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen ...

- Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie

verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.  
- Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellen die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.

- Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hat keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt und konnte es auch gar nicht. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein "Interalliiertes Transferabkommen" gegeben hätte und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar, müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.

- Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt.

- Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution - siehe Uno-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002 und 2005 ...<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 22. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema

Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner "Haus der Geschichte" geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.

Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt.

Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod.

Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barbarischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.

Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen - dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.

Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand.

Und viel Verständnis.

Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, morde-ten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil sie nach vielen Monaten der gnadenlosen Kämpfe mit den deutschen Soldaten - Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum noch gemacht - nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.

Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie "Die große Flucht".

Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommenen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern abschwächend "Übergriffe" genannt werden.

Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.

Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute. Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter.

Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, in der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.

Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.

Den angeblichen "Rassestolz" der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen "brechen". Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: "Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"

Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3.000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.

Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht - sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten - und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien

schon immer gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es am Ende sogar ermorden.

Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halb-wüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.

Seit Eröffnung der Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation ... in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine "angemessene Würdigung des Themas".

Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.

Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. ...<<

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. November 2007: >>**Kriegsgefangen**

### **Auf dem Rücken weiße Lettern**

Seuchen, Hunger, Lagerkoller: Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene sperrte die US-Armee zwischen April und September 1945 in den Rheinwiesenlagern ein - unter teils unmenschlichen Bedingungen. Als 18-Jähriger erlebte *Hans-Joachim Möller* den grausamen Alltag im Lager Bad Kreuznach.

Es regnete. Der Aprilwind heulte. Vor den Toren von Bad Kreuznach an der Nahe hatten die Amerikaner ein gigantisches Areal ausgeschaut, darauf nichts als Weinstöcke. Sie sammelten alle uniformierten Deutschen ein: Männer, Frauen, Halbwüchsige. ...

Die Amerikaner sammelten alle ein, obwohl sie Probleme mit der Bewachung, der Unterbringung und der Versorgung bekamen. Sie waren vorbereitet aufs Kämpfen, auf die Bedienung ihrer Waffen, auf das Fahren ihrer Panzer und auf taktische Aufgaben. Mit der Organisation von enormen Kriegsgefangenenlagern kannten sich die Sieger jedoch nicht aus.

Zunächst transportierten sie uns per Lastwagen-Treck auf die große Freifläche. An die hundertvierzigtausend kamen zusammen, darunter Offiziere, Unteroffiziere, HJ-Jungs, "Helferinnen und Helfer". Manche bekamen Töpfe mit weißer Farbe und Pinsel in die Hand gedrückt. In langen Reihen aufgestellt, trieb man uns an den "Pinselmännern" vorbei, die uns mit großen Buchstaben ein "PW" für "Prisoner of War" auf die Rücken malten.

... Langsam bekamen wir Hunger und Durst. Wir hatten kein Dach über dem Kopf, um uns vor dem eiskalten Regen zu schützen. Keine Decken, keine Medikamente, nichts. Die Amerikaner scheiterten daran, uns zu ernähren, ja, sie schafften es nicht einmal, uns am Leben zu erhalten. Mit der Zeit wurden sie nervös, reagierten nicht mehr normal. Sie zäunten das ganze Areal mit Stacheldraht ein, doppelt und dreifach, drei Meter hoch. Der wurde von Scheinwerfern angestrahlt, Tag und Nacht. An den Ecken saßen die Posten auf Wachtürmen an Maschinengewehren. Über der Latrine hing bald ein Pesthauch.

Und dann war da noch der Lagerkoller. Wohl aus Versehen oder aus reiner Gedankenlosigkeit fand jemand seinen Löffel, seine Büchse nicht gleich wieder. Er schrie: "Ein Dieb, ein Dieb! Ich bin bestohlen worden!" Endlich passierte etwas - und schon geiferten alle, dankbar für die Abwechslung. "Kameradendieb - faßt ihn", brüllten sie und jagten ihn. Ob es nun der Schuldige war oder nicht, egal. Wichtig war, einen zu haben, ihm ein Pappschild umzuhängen, ihn durchs Lager zu prügeln.

An der Hatz beteiligten sich alle. Schließlich stürzte man den Gejagten in die "Scheißgrube", in der er jämmerlich erstickte - nur hier und da versuchten die Amerikaner, solche Übergriffe

zu vereiteln. Dann bestimmten sie einige von uns dazu, in die Grube hinabzusteigen und den Toten zu bergen. Auch ich gehörte mal dazu - noch Tage danach stank ich, und keiner wollte mit mir in der Schlange nach Wasser oder bei der Büchsenverteilung stehen. Der Ersticken kam ins Leichenzelt - zu den anderen, die jeden Tag abgefahren wurden. Wir haben nie erfahren, wohin die Toten kamen.

... Verzweiflung, Schrecken, Neid, Böswilligkeit und Brutalität. Zum Schlimmsten aber gehörte es, Episoden wie diese miterleben zu müssen: Ein hoch dekoriertes Feldweibel machte sich ein Feuerchen aus Pappresten, um seinen Kaffee-Becher darüber zu halten. Aus Versehen kam jemand an seinen Becher, der Kaffee verspritzte. "Paß doch auf", sagte der Mann am Feuer, doch schon grölte die Gruppe: "Halt bloß die Schnauze! Ihr habt uns lange genug herumkommandiert, Ihr Arschlöcher!" Und: "Jetzt hast du uns endlich nichts mehr zu sagen!"

Sie rempelten ihn an, prügelten auf ihn ein, brüllten laut und ließen ihn liegen. Er blutete. Als er sich nicht mehr erhob sagte einer schließlich: "Der ist hin, der Scheißkerl." Viele haben sich ihre Rangabzeichen entfernt, um so etwas nicht zu erleben. Zahlreiche Orden nahmen sich die GIs mit nach Hause, als Andenken - im Tausch gegen Zigaretten.

Ältere starben zuerst, zu gering war ihre Widerstandskraft. Erkältungen waren die Todesursache, körperliche Schwäche durch unzureichende Nahrung - oder auch einfach Lethargie, Teilnahmslosigkeit, Verzweiflung. Viele von uns wurden wegen Kleinigkeiten zu Tode geprügelt. Schon beim Anstehen am Trinkwassertank ging es los. Es wurde gestoßen, gerempelt und gepöbelt wegen Nichtigkeiten, die aber in dieser Situation von ungeheurer Bedeutung waren. Und die "Verpflegung"? Büchsen aus den amerikanischen Depots, Ration A. Wenn es nicht schnell genug ging, wurde zugeschlagen. Und es regnete weiter.

... Am Stacheldrahtzaun stand manchmal einer, der zufällig aus der Gegend war, und versuchte, etwas zu den Zivilisten hinüberzurufen. "Sag Bescheid, ich lebe noch!" zum Beispiel. Die Amerikaner vereitelten dies brutal. Schossen von den Wachtürmen, erst in die Luft, manchmal auch gezielt, ganze Salven, mit ihren MPs. Manchmal auch ... um den Deutschen Angst einzujagen. Wenn die dann auseinander liefen, lachten sie - und freuten sich, wenn sie die "Krauts" rennen sehen konnten.

So mancher lockte einen amerikanischen Wachsoldaten auch an den Stacheldraht, um sich Zigaretten oder etwas Eßbares einzutauschen. Gab seinen Ehering durch den Stacheldraht für eine Schachtel Chesterfield. Immer wieder fielen Schüsse, keiner wußte warum. Die Amis waren nervös, brüllten herum. Die Panzer kehrten wieder und umkreisten das Areal. Falls wir wirklich mal eingeschlafen waren, wachten wir durch das Klirren der Sherman-Panzerketten auf. Wer dieses Geräusch einmal gehört hat, vergißt es nie wieder. So schlimm er auch war - wir konnten uns einfach nicht vorstellen, wie es sein mochte ohne Krieg. Ich war damals 18 Jahre alt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Dezember 2007 (x887/...): >>Einseitige Sichtweise

Deutsch-polnische Geschichte: Darstellungen für den Schulunterricht ...

Deutschen Schülern die polnische Geschichte und zugleich den Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen nahezubringen, ist ein verdienstvolles, wenn auch nicht einfaches Unternehmen. ...

Zu registrieren ist allerdings - wie bei vielen gutwilligen deutschen Publizisten und Wissenschaftlern - ein Geschichtsbild, das trotz aller Bemühungen um Objektivität hin und wieder schwerpunktmäßig einseitige polnische Sichtweisen wiedergibt, die nicht oder in ihrer Gewichtung nicht den Fakten entsprechen. Zum Beispiel wird die aggressive Großmachtspolitik des Marschalls Pilsudski, der Angriffskriege gegen mehrere Nachbarländer geführt hat, bei-läufig und eher unkritisch abgehandelt.

Immerhin wurden nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile der Ukraine, Weißrußlands und Li-

tauens, wie auch später noch das tschechische Olsa-Gebiet annektiert und "polonisiert". Aus diesen Gebieten stammten größtenteils die Menschen, die von Polen 1945 als polnische Vertriebene in den deutschen Ostgebieten, heute etwa ein Drittel des polnischen Territoriums, angesiedelt wurden.

Die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Volksabstimmungen werden nur am Rande erwähnt. Es ist von "strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien" die Rede, und daß es "im südlichen Ostpreußen und in westpreußischen Plebiszitgebieten 1920 nur wenige Stimmen für Polen gab, weshalb die Gebiete größtenteils bei Deutschland verblieben". Die Teilung Oberschlesiens, des seinerzeit zweitgrößten deutschen Industriegebiets, auf Betreiben Polens durch den Völkerbund entgegen dem Votum der Volksabstimmung von 1921 - 60:40 zu Gunsten Deutschlands - findet keine analytische Beachtung. ...

Auch unter Berücksichtigung der polnischen Teilungen und der von Deutschen zu verantwortenden Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs erscheint es sehr gewagt und undifferenziert, Schülern die Polen sozusagen als ein überwiegend friedliebendes und tapferes, wenn auch bemitleidenswertes Volk vorzustellen, die Deutschen dagegen als eher übergriffig, dominant und aggressiv. ...

Es ist kontraproduktiv und gefährlich, wenn aus Scham über die NS-Vergangenheit und aus falsch verstandenem Entgegenkommen Geschichtsklitterung betrieben wird. Versöhnung oder wenigstens ein gutes nachbarliches Verhältnis kann nicht mit Selbstverleugnung bezahlt werden. ...

Solange wir Tendenzen und Geschichtsklitterung noch erkennen, sollten sie benannt werden. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 2008 (x887/...):  
>>**Humanität im Krieg ist möglich**

Bis zur Kapitulation behandelten die Westalliierten gefangene Wehrmatsangehörige korrekt ...

In heutigen Darstellungen des Zweiten Weltkrieges vermißt man weitgehend die Hinweise, daß der Krieg - vor allem dort, wo sich Gegner mit annähernd gleichen Wertvorstellungen gegenüberstanden - überwiegend ritterlich und nach den Grundsätzen des internationalen Kriegsvölkerrechts geführt wurde. So ist es den allermeisten unbekannt, daß zwischen dem Deutschen Reich auf der einen sowie Großbritannien und den USA auf der anderen Seite in bemerkenswertem Umfang schwerverwundete Kriegsgefangene ausgetauscht wurden. Die juristische Grundlage war die sowohl vom Vereinigten Königreich als auch von der Weimarer Republik, nicht jedoch von der Sowjetunion unterzeichnete Genfer Konvention aus dem Jahre 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die vereinbarten Regeln beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit.

... Diese humanitären Regelungen funktionierten zwischen Großbritannien und den USA sowie dem Deutschen Reich bis zum 8. Mai 1945 im großen und ganzen gut. Stellten die Delegierten bei ihren Kontrollen der Kriegsgefangenenlager Mängel fest, drangen sie auf deren Beseitigung oder meldeten sie weiter an das Land, aus dem die Gefangenen stammten. Das konnte dann gegebenenfalls Sanktionen oder sogar Repressalien verhängen. So lag es im Interesse beider kriegführenden Seiten, das Völkerrecht einzuhalten. ...

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die völkerrechtlich korrekte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen schlagartig mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht ein Ende hatte. Da die USA und Großbritannien nicht mehr mit der Gegenseitigkeit rechnen mußten, schoben sie alle rechtlichen Regelungen, die zum Schutze der Kriegsgefangenen vereinbart waren, beiseite. Den Gefangenen wurde der Kriegsgefangenenstatus abgesprochen; sie galten nun als "entwaffnete feindliche Soldaten", die keinen Anspruch auf den völkerrechtlich zugesagten Schutz genossen.



Demzufolge gab man beispielsweise den auf den Rheinwiesen zu Zigtausenden zusammengezogenen Gefangenen keine angemessenen Unterkünfte, nur mangelhaftes Essen und häufig nichts zu trinken, so daß sie zu Tausenden starben. Man setzte deutsche Gefangene völkerrechtswidrig zum Minenräumen ein, wobei viele den Tod fanden. Das Deutsche Reich war nicht mehr in der Lage, seine gefangenen Soldaten zu schützen.

Der kleine Ausschnitt aus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges zeigt, daß auch der moderne Krieg Möglichkeiten bietet zu humanitären Maßnahmen - aber nur unter der Voraussetzung, daß beide Seiten bereit sind, sich ehrenhaft zu verhalten. Sind diese Voraussetzungen nicht vorhanden, dann entartet der Krieg, wie es nicht nur die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges unter Beweis stellte, sondern wie es auch zahlreiche Kriege, die seitdem geführt worden sind, bewiesen haben und noch beweisen. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>"50 Thesen zur Vertreibung"

Interview der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit Prof. Dr. Alfred de Zayas über sein neues Buch ...

**Preußische Allgemeine Zeitung:** *Ihre Bücher sind auch schon kritisiert worden.*

**De Zayas:** Natürlich, aber kein Kritiker hat bisher behauptet, daß meine Quellen nicht stimmten oder meine wissenschaftliche Methodik falsch wäre. Der Dissens liegt anderswo: Manche haben einfach ein Problem mit meiner Prämisse, daß das allgemeine Völkerrecht immer und für alle gilt - also auch zwischen 1945 und 1948 für die Deutschen - und mit den Schlußfolgerungen, zu denen diese Prämisse unvermeidlich führt. Mehrere der vielen exzellenten Rezensionen, die meine Bücher bekommen haben, sind erst in den letzten zwei oder drei Jahren geschrieben worden. In den 70er und 80er Jahren wurden meine Bücher noch im "Spiegel", in der "Süddeutschen Zeitung" und im WDR glänzend besprochen, ja geradezu gefeiert - wenn das heute anders ist, dann deswegen, weil diese Medien sich geändert haben, meine Position ist die gleiche geblieben.

**Preußische Allgemeine Zeitung:** *Was ist an Ihren Büchern besonders?*

**De Zayas:** Ich behandle die Thematik der Vertreibung der Deutschen als Völkerrechtler und Historiker interdisziplinär. Dabei stelle ich die historischen Fakten in einen größeren historischen Kontext und beurteile sie nach völkerrechtlichen Normen und Prinzipien. Das haben andere Wissenschaftler bisher nicht getan. Entweder haben wir es mit Historikern zu tun, die oft wenig vom Völkerrecht verstehen, oder mit Völkerrechtlern, die die Historie nur unvollständig kennen. Außerdem habe ich Hunderte Vertriebene persönlich interviewt, um mir ein eigenes Bild zu verschaffen,

**Preußische Allgemeine Zeitung:** *Das Leiden der von Nazi-Deutschland besetzten Länder nimmt in Ihren Veröffentlichungen heute einen breiteren Raum ein als früher, dennoch werden Ihre Arbeiten und auch Sie als Person von linken Medien heute kritischer gesehen ...*

**De Zayas:** Ja, und ich nehme es entsprechend zur Kenntnis. Es gibt in Deutschland inzwischen viele, die ein Buch über Flucht und Vertreibung erst dann positiv aufnehmen würden, wenn es mit dem Satz beginnt, daß die Nazi-Verbrechen die Vertreibung quasi rechtfertigen, und wenn es damit schließt, daß jede Wiedergutmachung für die Vertriebenen ausgeschlossen sein muß. Genau diese politisch-ideologische Linie werden Sie bei mir niemals finden, weil das Völkerrecht es eben anders will.

**Preußische Allgemeine Zeitung:** *Was halten Sie von der sogenannten Opfer-Täter-Schablone?*

**De Zayas:** Die ist wissenschaftlich völlig unhaltbar und verletzt fundamentale menschenrechtliche Prinzipien. Schuld ist immer individuell, nie kollektiv. Die Nazis haben das anders gesehen und auch Stalin, der ganze Völker wegen angeblicher Kollaboration deportiert hat. Es ist schon bedrückend, daß solche Kategorien jetzt in der deutschen öffentlichen Diskussion

mit umgekehrten Vorzeichen wieder auftauchen. Der Gedanke an die Kollektivschuld muß aus menschenrechtlichen Gründen endgültig abgelehnt werden.

*Preußische Allgemeine Zeitung: Hitler war aber zweifelsohne der Hauptschuldige.*

**De Zayas:** Am Zweiten Weltkrieg ja, aber nicht an der Vertreibung. Um ihm auch noch die Schuld an diesem Verbrechen anlasten und jede Wiedergutmachung ablehnen zu können, spricht man dann vom "kausalen Nexus" zwischen beiden Ereignissen. Ein kleines Gedankenexperiment zeigt schon, wie heikel das ist: Sicher wäre die Vertreibung ohne Hitler und den Zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen. Aber Hitlers Machtergreifung wäre ihrerseits ohne das Unrecht der Verträge von Versailles und St. Germain von 1919 völlig undenkbar gewesen. So öffnet dieses Argument Tür und Tor dafür, je nach dem willkürlich gewählten Ausgangspunkt jedes Unrecht auf der Welt zu exkulpieren. Ein etwas makabres Wort für diesen Umgang mit Wahrheit und Recht heißt "Geschichtspolitik". Aber das Völkerrecht funktioniert anders: Es gibt Dinge, die sind absolut verboten und zudem unverjährbar. Geschehen sie trotzdem, müssen sie wieder gutgemacht werden - egal welche Nationalität Täter und Opfer haben.

*Preußische Allgemeine Zeitung: Welche der 50 Thesen ist für Sie am wichtigsten?*

**De Zayas:** Vielleicht die letzte: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und das geplante 'sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren."

...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>Klassiker aktualisiert

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Auflage 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.

"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor. ...

... Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.

Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.

Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer

und 0,1 Euthanasieopfer.

Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.

Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.

Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**

1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.

Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.

Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.

Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zu Gunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.

Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Oktober 2009 über die "neue Ostpolitik" (x887/...): >>**Die erste "Wende"**

Erstmals seit der Weimarer Zeit kann die SPD mit Brandt wieder den Kanzler stellen

Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 brachte die Bundesrepublik Deutschland auf einen neuen Kurs. Erstmals in ihrer Geschichte stellte die CDU/CSU nicht mehr den Bundeskanzler. ...

Am 21. Oktober wählte der Bundestag Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler. Damit stand 39 Jahre nach dem Kabinett Hermann Müller wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze einer deutschen Regierung. Seinem Kabinett gehörten elf SPD-

Minister, drei von der FDP und ein Parteiloser an. Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister.

Die sozialliberale Koalition läutete einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel ein, der tiefe Einschnitte brachte. Unter dem Motto "Mehr Demokratie wagen" kündigte Brandt in seiner Regierungserklärung mehr Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an. In der Deutschland- und Ostpolitik verfolgte er einen umstrittenen "Wandel durch Annäherung", um "über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen".

Diese Politik führte zur weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des Ostblocks mit der Konsequenz der Anerkennung der DDR, dem Viermächteabkommen über Berlin und der - wenn auch nicht völkerrechtlich endgültigen - Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau. Nichts illustriert diesen außenpolitischen Kurswechsel deutlicher als der berühmt-berüchtigte Kniefall des Bundeskanzlers vor einem Ehrenmahl in der polnischen Hauptstadt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Dezember 2009 (x887/...): >>>**Tod und Elend noch nach Kriegsende**

Das Schicksal der 1,065 Millionen deutschen "Kriegs-Gefangenen" in französischem Gewahrsam

Im und nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich über eine Million Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft. Zwischen ihrem traurigen Schicksal und der in der Regel völkerrechtskonformen Behandlung französischer Kriegsgefangener durch die Wehrmacht liegen Welten. ...

Es ist heute unbestritten, daß Deutschland sich 1940 an diese Regelung hielt. Unmittelbar nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wurden etwa eine Million französische Gefangene freigelassen. Die übrigen waren in Lagern untergebracht, die sich überwiegend auf dem Territorium des Deutschen Reiches befanden. Offiziere waren vertragsgemäß von Arbeit freigestellt, Unteroffiziere und Mannschaften waren im Arbeitseinsatz, größtenteils in der Landwirtschaft. Im Oktober 1941 wurden die Regelungen für französische und belgische Kriegsgefangene gelockert. Sie konnten nun Ausgang beantragen und in Gruppen Spaziergänge in die Umgebung unternehmen. Ihre Frauen, Töchter und Mütter bekamen Besuchserlaubnis. Den Gefangenen wurde der Besuch von Gottesdiensten angeboten.

Aufschlußreich ist der Vergleich mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945. Millionen von deutschen Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft auch der westlichen Alliierten, davon nur ein eher kleiner Teil - etwa 300.000 - in die Hand der Franzosen. Daher lieferte die USA zahlreiche deutsche Gefangene an Frankreich aus, das sie als billige Arbeitskräfte einsetzen wollte. Es waren 740.000, darunter 500 bis 600 Frauen, aber auch viele Jugendliche und Kinder. Britische Streitkräfte übergaben den Franzosen 250.000 Kriegsgefangene. Sie alle waren auf französischem Boden in 115 Lagern untergebracht.

Das Völkerrecht verlangt zwingend, Kriegsgefangene bald nach dem Ende der Feindseligkeiten freizulassen, sofern im Einzelfall kein begründeter Verdacht auf Kriegsverbrechen oder andere Straftaten besteht. Denn die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht darin, den entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Insofern war die jahrelange Gefangenschaft Hunderttausender Deutscher auch in westalliiertem Gewahrsam nach Kriegsende schon per se rechtswidrig.

Hinzu kam, daß die Lebensverhältnisse vor allem in den ersten Monaten grauenhaft waren. In den meisten Lagern gab es zunächst weder Betten noch Tische und Stühle. Im Winter froren die Gefangenen erbärmlich, weil Öfen fehlten. Die Franzosen nutzten den deutschen Zusammenbruch, um Rache an Wehrlosen zu nehmen. Die Verpflegung bestand aus Hungerrationen. Krankheiten breiteten sich aus. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das nach meh-

renen Monaten endlich Zugang zu den Lagern bekam, protestierte bei der französischen Regierung gegen die unmenschlichen Zustände in den Lagern. Wenn nicht sofort entsprechende Maßnahmen ergriffen würden, so das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, dann sei das Leben von Zigtausenden gefährdet. Fast alle seien ungenügend bekleidet.

Im Januar 1946 mußten 70.000, die am Rande des Verhungerns waren, an die Amerikaner zurückgegeben werden, weitere 60.000 wurden nach Hause entlassen, weil sie zu keiner Arbeitsleistung mehr fähig waren. Im März 1946 waren 90 Prozent unterernährt. Es kam zu zahlreichen Arbeitsunfällen aus Schwäche. Nach Protesten des Roten Kreuzes erhielten die Gefangenen wenigstens Seife, um sich reinigen zu können.

Um nur einen Zeitzeugen zu Worte kommen zu lassen, hier der Bericht des Soldaten Richard Heß aus Ludwigshafen - veröffentlicht in "Die Gefangenen" von Paul Carell und Günter Bödcker - über die Lebensverhältnisse, denen die deutschen Kriegsgefangenen im Lager Nr. 404 ... bei Marseilles ausgesetzt waren: "Wir lebten dort fünf Monate im Freien ohne Zelt, ohne Decken, ich hatte noch nicht einmal einen Mantel. Wir schliefen immer auf dem Boden, Mann an Mann. Das Essen ein Minimum, unter anderem Sauerkrautsuppe. Fünf Monate auf der Erde schlafen. Fünf Monate ohne die Wäsche wechseln zu können, die Strümpfe faulten in den Stiefeln. Nach fünf Monaten kam ich dann in das sogenannte Stammlager 306, dort wurde es langsam besser."

Ebenfalls unter dem Druck des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes erlaubte die französische Regierung endlich, daß die Gefangenen Pakete aus Deutschland empfangen durften. Die Schweiz schickte Kartoffeln in die Lager. Erst im Frühjahr 1947 bezeichnete das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Lage der deutschen Gefangenen bezüglich ihrer Ernährung als normal.

Nach amtlichen französischen Angaben starben in französischer Gefangenschaft etwa 24.000 deutsche Kriegsgefangene - eine Zahl, die von deutschen Sachverständigen als viel zu niedrig bezeichnet wurde. Viel wahrscheinlicher sind Schätzungen, die auf 115.000 Tote kommen. Nicht wenige von ihnen starben durch völkerrechtswidrigen Einsatz beim Räumen von Minen und Bombenblindgängern - zunächst ohne jede Hilfsmittel. Die Verlustrate bei den 40.000 Deutschen, die zu diesen Einsätzen gezwungen wurden, betrug monatlich 2.000 Mann.

Von 1945 bis Ende 1948, als die letzten deutschen Kriegsgefangenen freigelassen wurden, hatten sie an 383 Millionen Arbeitstagen, 3,06 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Als unter dem Druck des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes die letzten Kriegsgefangenen entlassen wurden, blieben von den insgesamt rund 1.065.000 deutschen Kriegsgefangenen in französischem Gewahrsam 71.000 als Zivilarbeiter in Frankreich zurück. In Frankreich wurde kein einziger Verantwortlicher für das schreckliche Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen vor Gericht gestellt.<<

Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

Wilhelm von Gottberg, ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule, schrieb am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>Der 8. Mai will nicht vergehen

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtslosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten. Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.

Rund elf Millionen Wehrmachtssoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.

Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.

Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete im Jahre 2011 über die "Polonisierung Ostdeutschlands (x309/126-127): >>... Nach der Vertreibung tat man alles, um möglichst alle Spuren der Landesbewohner zu beseitigen. Eine Sektion des Posener "Westinstituts" und staatliche Ortsnamenskommissionen machten sich daran, polnische Ortsnamen zu erfinden; auch Vornamen und Familiennamen der verbliebenen Deutschen wurden poloni-

siert; aus Schulz wurde Szulz, aus Georg wurde Jerzy und so weiter. Viele deutsche Friedhöfe wurden verwüstet oder ganz nivelliert und deutsche Inschriften in Kirchen, Schulen und Privathäusern entfernt.

Erscheinungen dieser Art hat Alexander Solschenizyn in seiner Dankrede für den Literaturnobelpreis 1970 angesprochen:

Dreist und siegreich schreitet die Gewalt auf der ganzen Welt voran, sich immer weniger um den Rahmen der jahrhundertealten Gesetze kümmernd, ohne sich darüber Gedanken zu machen, daß die Fruchtlosigkeit der Gewalt in der Geschichte bereits vielfach aufgezeigt und erwiesen ward. Und es triumphiert nicht einmal die simple, rohe Gewalt, sondern der Posauenchor ihrer Verteidiger; die Welt wird von der dreisten Behauptung überrumpelt, daß die Gewalt alles kann, das Recht aber nichts.

Doch vergessen wir nicht, daß die Gewalt nicht allein leben und weiter bestehen kann; - sie ist unweigerlich mit der Lüge verflochten. Zwischen den beiden besteht die natürlichste, die tiefste Verwandtschaft und Bindung; ... Jeder, der einmal die Gewalt zu seiner Methode erklärt hat, muß unweigerlich die Lüge zu seinem Prinzip erklären.

Alles in allem beweisen Planung und Durchführung der Deutschenvertreibung aus dem polnischen Machtbereich, daß hier ein Fall von Völkermord vorliegt; denn es ging der Regierung und den Tätern darum, durch Terror die ethnischen Gruppen der Schlesier und Ostpreußen ganz und die der Pommern und Brandenburger zum Teil zu zerstören. Dies ist auch die Ansicht führender Völkerrechtslehrer wie Felix Ermacora, Dieter Blumenwitz, Otto Kimminich und Alfred M. de Zayas.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Februar 2012 (x887/...): >>>**Im Grunde selber Schuld**

Tagung fragt "War die 'Vertreibung' Unrecht?" ...

Während das Zentrum gegen Vertreibungen nicht so richtig vom Fleck kommt, formieren sich die Kräfte in Deutschland, die das Verbrechen der Vertreibung relativieren und verdrängen wollen. Dies geschieht sogar mit finanzieller Unterstützung vom Staat und unter dem Mantel staatlicher Förderung. Dabei kommen Vereinigungen zum Tragen, die ganz offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. ...

Das Motto lautete: "War die 'Vertreibung' Unrecht? Die Umsiedlungsbeschlüsse des Potsdamer Abkommens und ihre Umsetzung in ihrem völkerrechtlichen und historischen Kontext." In der Einladung hieß es: "Bitte haben Sie Verständnis, daß wir wegen der erforderlichen Fördermittel eine Teilnehmerliste mit Anschrift und Unterschrift benötigen." Also wurde die Veranstaltung mit dem gesponsert, was in linken Kreisen "Staatsknete" heißt. Was also bekamen die Steuerbürger von der Veranstaltung, bei der kein Vertreter der Betroffenen geladen worden war, geboten?

Die einführenden Worte von Christoph Koch von der Freien Universität gaben der Veranstaltung die inhaltliche "Marschrichtung" vor. ... Die Deutschen hätten sich selbst vertrieben, so das Fazit seiner Ausführungen. ...

Die Vertreterin der Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft kritisierte pauschal die Charta der Heimatvertriebenen und befand, die Vertreibung sei das Resultat deutscher Verbrechen gewesen und schließlich habe es ja einen sehr großzügigen Lastenausgleich gegeben. ...

Der in Gießen lehrende Völkerrechtler Thilo Marauhn gelangte allerdings in seinem Vortrag zu dem Endergebnis, daß der Menschentransfer völkerrechtswidrig gewesen sei. Von einer Sonderregelung zu Lasten der Deutschen hält er nichts. Er hatte das Recht von heute rückblickend betrachtet, die Römischen Statuten, das Genfer Abkommen von 1949, die Nürnberger Prozesse, die Potsdamer Beschlüsse und schließlich die Haager Landkriegsordnung, und diesen Schluß gezogen. ...

Die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, SPD, legitimierte sich durch ihre Geburtsstadt Preßburg als "Vertriebene", um dann ihren verstorbenen Parteikollegen Peter Glotz für sein Engagement für das Zentrum gegen Vertreibungen zu kritisieren. Dann sprach sie über das Heimatrecht der wegen des Braunkohletagebaus umzusiedelnden brandenburgischen Dorfbewohner. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 2012 (x887/...):

>>**Westalliierte tragen Mitschuld**

"Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg"

US-Historiker R. M. Douglas schreibt über die brutale Vertreibung der Deutschen und die Heuchelei seiner Landsleute

Nach verlorenen Kriegen setzen die Siegermächte das Recht und schreiben die Geschichte in ihrem Sinne. Die Wahrheit ist das erste Opfer vor, aber auch nach einem Krieg! Wenn mehr als 60 Jahre nach einem Krieg ein "Sieger" sich die Mühe macht, die Wahrheit ans Licht zu befördern und die Geschichtsschreibung einer Revision zu unterziehen, dann ist das schon eine Sensation, auch wenn dies für die überwiegende Mehrheit der Betroffenen zu spät kommt. In einem akribischen Quellenstudium hat der US-Historiker R. M. Douglas vor allen den Siegermächten in Ost und West den Spiegel ihres ambivalenten und unrechtmäßigen Tuns vorgehalten.

Um so mehr ist die Lektüre des Buches "Ordnungsgemäße Überführung: Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg" ein Muß für die nachfolgenden Generationen, insbesondere für die handelnden Politiker, damit sie sich der Dimensionen ihrer Entscheidungen bewußt werden und weitere Fehler vermeiden.

Das Buch ist extrem faktenreich, anspruchsvoll, ja anstrengend. Vor allem erfordert es Charakter- und Nervenstärke, um die Wallungen der Gefühle angesichts der Grausamkeiten wie der Verbrechen an den Heimatvertriebenen unter Kontrolle zu behalten. Der Stempel auf der Titelseite "Ordnungsgemäße Überführung" ist eine Ironie, die ein Ereignis formal-bürokratisch abschließt. Die Vertreibungen waren brutal und völkerrechtswidrig, zogen die Würde des Menschen in den Dreck. Ob "wild" oder "organisiert", Vertreibungen als "Kollektivbestrafung" sind immer ein Willkürakt und nie "ordnungsgemäß". ...

Douglas: "Ich habe bestimmte Elemente betont, die meiner Meinung nach besondere Aufmerksamkeit verdienen: die Durchführung der Massenvertreibungen, das Archipel von Konzentrations-, Internierungs- und Sammellagern, das in ganz Mitteleuropa nach dem Krieg entstand, die Implikationen der Vertreibungen für die Entwicklung des Völkerrechts und die viel zu wenig beachtete Mitwirkung der Westalliierten bei der Operation, die sehr weit über bloße Zustimmung hinausging."

Erstaunlich ist die Bereitschaft, mit der vor allem Historiker aus Polen und Tschechien zum Gelingen dieses Werkes beigetragen haben. Das Buch beginnt 1938 mit "Der Planer" und zeigt auf, welche zentrale Rolle Präsident Edward Benesch spielte, der zwar 1918 den Alliierten einen "multinationalen Musterstaat" Tschechoslowakei versprach, doch genau das Gegenteil schuf. Er betrieb zielstrebig die Vertreibung der Sudetendeutschen und "Ende 1943 hatte das Vertreibungsprojekt aber eine solche Eigendynamik gewonnen, daß nur ein eindeutiges Veto der Großen Drei es noch aufgehalten hätte".

Aufschlußreich ist das Kapitel "Der Plan": "Die Vertreibung unerwünschter Völker ist fast so alt wie die dokumentierte Menschheitsgeschichte." Und dann: "In vieler Hinsicht war der Erste Weltkrieg eine Generalprobe für die Bevölkerungsverschiebungen im 20. Jahrhundert." Wenig bekannt ist die "Säuberung" der Franzosen in Elsaß-Lothringen zwischen 1918 und 1921, der zirka 100.000 Deutsche zum Opfer fielen.

Interessant das Spiel von Stalin mit der Mehrdeutigkeit "Oder-Neiße-Linie", denn es gab eine



"östliche" und eine 200 Kilometer westlich davon verlaufende "westliche" Neiße.

"Stalin versicherte den Lubliner Polen sarkastisch, Churchill werde den Unterschied gar nicht merken." Und so war es dann auch, obgleich der polnische Exil-Premier Arciszewski der Presse sagte: "Polen hat nicht den Wunsch, Breslau und Stettin zu annektieren, es wolle höchstens ein von der deutschen Bevölkerung geräumtes Ostpreußen."

Während die Briten und Amerikaner die Schuld an den zu "hohen" Verlusten und dem "schrecklichen" Leid nun den Vertreibungsländern und der Sowjetunion gaben, kommt Douglas zu dem Schluß: "Das war und ist eine völlig unaufrichtige Interpretation." Die Westalliierten "hatten ihre Verbündeten zu Handlungen ermutigt und ihre Mitarbeit dabei versprochen, die sie bei ihren Feinden später als Kriegsverbrechen anklagten".

Die Kapitel "Die wilden Vertreibungen" und "Die Lager" offenbaren die ganze Bestialität und Brutalität, zu der Menschen aller Völker selbst gegenüber wehrlosen Kindern, Frauen und Greisen fähig sind. Die Zustände in den Internierungslagern müssen so schrecklich gewesen sein, daß die Polen, Tschechen, Rumänen und Jugoslawen selbst der Internationalen Kommission des Roten Kreuzes den Zugang verweigerten.

Wie es im gewonnenen "Wilden Westen" zugeht, faßt Douglas wie folgt zusammen: "Die Aussage ist nicht übertrieben, daß 'Goldgräber-Stimmung' die gesamte tschechoslowakische und polnische Gesellschaft von ganz unten bis ganz oben durchdrang. Nach seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil verschaffte sich beispielsweise Hubert Ripka, der neu ernannte Außenhandelsminister, eine große Villa mit 17 Zimmern, die deportierten deutschen Besitzern gehört hatte. Der Minister stattete das Haus bald mit besten Möbeln aus gleicher Quelle aus. Für ein paar eifrige Pioniere war das "Goldgräbertum" nichts weiter als die Fortsetzung eines Profitstrebens, das während des Holocaust begonnen hatte.

Wie der "Economist" im Juli 1946 verächtlich feststellte, hatte sich "in Mitteleuropa während des Krieges eine neue Lumpenbourgeoisie ausgebreitet, die zuerst den Besitz ermordeter Juden und dann vertriebener Deutscher plünderte". Im Kapitel "Der Neubeginn" schreibt Douglas: "Rational betrachtet, war das 'Abladen' einer riesigen verarmten und traumatisierten Bevölkerungsgruppe in einem zerbombten Land, das sie nicht haben wollte und wo keine Vorbereitungen für ihre Aufnahme getroffen waren, ein Rezept für eine Katastrophe."

Daß es dazu nicht kam, ist kein Verdienst der Besatzungsmächte, sondern einzig und allein ein Verdienst der Heimatvertriebenen, die sozial degradiert sich in ihr Leid wie ihr grauenvolles Schicksal fügten, es aber zugleich wendeten, um sich diszipliniert und fleißig am Wiederaufbau zu beteiligen.

Wenn auch Ende 1947 der "Alliierte Kontrollrat" als Deutschlands provisorische Viermächteregierung die Vertreibung aus "Gründen wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Ungerechtigkeiten" verurteilt, so ist dies auf juristisch-völkerrechtlicher Ebene bis heute unterblieben und wird es ohne "Friedensvertrag" auch bleiben. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juni 2013 (x887/...):

### >>**Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort**

Es ist still geworden um die Entschädigung des konfiszierten Eigentums in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen. Viele Anspruchsberechtigte sind verstorben, die rechtmäßigen Erben haben resigniert oder sind ahnungslos hinsichtlich ihrer Ansprüche. Der Bund der Vertriebenen hat sich letztmalig 2006 hörbar zu der Problematik geäußert. Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2006 wurde dazu eine Resolution verabschiedet. Sie hatte einen Appell an die Bundesregierung und die Nachbarstaaten im Osten zum Inhalt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen.

Die 2007 gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen hat als Hauptziel die Entschädigung des zurückgelassenen Eigentums im Programm. Abgesehen von den Landsmannschaften Ostpreußen, Schlesien und dem Landesverband Baden-Württemberg der

Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde und wird die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen von allen übrigen deutschen Vertriebenenverbänden nicht unterstützt. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und 2004 auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt, daß sie Entschädigungsforderungen nicht unterstützen werden; ja, sogar darauf hinwirken wollen, daß diese unterbleiben. Dem scheint das BdV-Präsidium Rechnung zu tragen.

Jedenfalls haben alle Bundesregierungen seit 1990 versäumt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Dabei gab es gute Gelegenheiten, das Problem auf höchster diplomatischer Ebene zu lösen. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, hätte man deutscherseits die entsprechenden Verhandlungen führen müssen. 2003 erklärte der damalige polnische Staatspräsident Kwasniewski bei seinem Deutschlandbesuch, daß die Entschädigungsfrage ungelöst sei. Er wisse auch keine Lösung. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wäre damals eine Übereinkunft möglich gewesen.

Den Enteigneten ist immer klar gewesen, daß eine Lösung der Eigentumsproblematik nur im Rahmen einer humanitären und symbolischen Geste möglich gewesen wäre. Doch noch nicht einmal eine derartige Geste des guten Willens haben die Regierungen zustande gebracht. Die Bundesregierung hat den gebotenen diplomatischen Schutz der eigenen Landeskinder in der Wiedergutmachungsfrage unterlassen. Deshalb hat sie sich nun entschädigungspflichtig gemacht. Diese Auffassung hatte schon 2004 der verstorbene Völkerrechtler Blumenwitz vertreten.

Ein weiterer Aspekt, der diese Auffassung stützt, kommt hinzu. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Natobeitritts Deutschlands 1955 den Überleitungsvertrag unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichtet sich die deutsche Regierung, jetzt und zukünftig, keine Entschädigungsansprüche gegenüber den Siegermächten geltend zu machen.

Als Siegermächte gelten auch die Vertreiberstaaten. Kanzler Kohl hat diesen Überleitungsvertrag 1990 erneut unterzeichnet. Kohl, dem Wahrheit und Klarheit zweitrangig waren, wenn es ihm opportun erschien, hat den Überleitungsvertrag nicht dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt, sondern in einer kurzen Protokollnotiz die weitere Gültigkeit des Vertrages bekanntgegeben. ...

Die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen wegen ihres konfiszierten Eigentums in Heimatgebieten gegen die Bundesregierung bestehen weiterhin. Der in den 50er und 60er Jahren gezahlte Lastenausgleich war keine Entschädigung. Schon in der Präambel des Lastenausgleichgesetzes wird klargestellt, daß die Leistungen aus diesem Gesetz lediglich ein Ersatz für Nutzungsausfall sind.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**

BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.

Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige ZDF-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.

**190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten**

Renz und Harflinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harflinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."

Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.

*"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg"*, ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<

Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>"Über Grenzen"

... Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?

**taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?**

**Hans Rösner:** Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.

**taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?**

Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.

**taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?**

Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Niedersachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.

**taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?**

Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.

**taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.**

Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.

Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes

**taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.**

Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<

**Schlußbemerkungen: Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querden-

ken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.

Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.

Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau bekümmert, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...

Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"

Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:

"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein

werden anstatt für das Bündnis mit Amerika." ...

Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!" <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"

*\_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer*

Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. ...

Die BRD als US-Bundesstaat

*Woran arbeiten Sie derzeit?*

Rolf Hochhuth: Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.

*Um was geht es darin?*

Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."

Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!

"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."

Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlusses durch die SED-Verbrecher.

*Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar -, so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag." Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?*

Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim anerkennen muß, stammt von dem erzkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel. Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel,

da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."

*Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?*

Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!

"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."

Wen kann man noch wählen?

*Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?*

Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!

Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.

Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns immer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.

Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/8): >>Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen (Die Linke-Politikerin Christin Löchner in einer Mail an einen FDP-Politiker, 20.1.2012).<<

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am 6. Dezember 2019 während ihrer Rede im ehemaligen NS-Vernichtungslager Auschwitz (x354/90): >>... An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren - das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewußt zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.<<